

BDK und GdP zeigen schnelle Wege zu mehr Stellen in der Kripo auf

17.12.2015

Mit einem Brief haben sich die für ihre Mitglieder im Landeskriminalamt agierenden Kreisgruppenvorstände des „Bund Deutscher Kriminalbeamter“ (BDK) und der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) an Minister Lorenz Caffier gewandt, um für eine deutliche Stellenerhöhung in der Kriminalpolizei zu werben.

Nach jahrelangem Spardiktat, verbunden mit an den Fallzahlen der jeweiligen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ausgerichteten Personalzuweisungen für die Kripo, wiesen die Gewerkschafter zunächst auf die jetzt veränderte Lage hin. Seit zwei Jahren steigen die Einwohnerzahlen für Mecklenburg-Vorpommern wieder an, der vermehrte Flüchtlingsandrang fordert einen deutlichen Mehraufwand an Personal und die gerade veröffentlichten Kernbefunde der Dunkelfeldstudie belegen, dass die Zahlen der PKS nur sehr begrenzt als Indikator für die tatsächliche und viel höhere Kriminalität in unserem Bundesland gelten können.

Gerade weil schon zuvor Forderungen nach mehr Personal in unserer Landespolizei erhoben worden sind, diente das Schreiben nicht nur zur Betonung eines neuerlichen Appells. Die Kreisgruppen legten dar, wie sie ein möglichst sofortiges Personalplus umsetzbar sehen. Da ist zum einen die Neueinstellung von IT- und Wirtschaftsspezialisten, die für die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung sofort zur Verfügung stehen könnten. Eine zweite Chance bietet die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit, auch diese Beschäftigten könnten die Personalknappheit sofort beheben helfen. Und auch eine dritte Möglichkeit würde der Kripo mehr Personal bringen, wenn auch nicht umgehend. In der Kriminalpolizei ist der überwiegende Teil der Dienstposten für den ehemaligen gehobenen Dienst ausgelegt. Würde der gerade gestrichene Aufstiegslehrgang 2016 an der Fachhochschule doch stattfinden können, könnten die Kripo innerhalb der Hälfte der regulären Ausbildungszeit eines Regelstudiums über neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen.

Selbst die jetzt beschlossene höhere Zahl von Neueinstellungen ab 2016 im ehemaligen mittleren und gehobenen Dienst würde keine Sofort-Hilfe bedeuten, da diese zukünftigen Polizisten erst einmal in zwei bzw. drei Jahren ausgebildet werden müssten und allenfalls in ihren Praktika unterstützen könnten.

Darüber hinaus regten BDK und GdP an, dass im Bereich der Spezialeinheiten und –kräfte, gerade wegen der aktuellen Sicherheitslage in Deutschland, der Personalansatz und die technische Ausstattung einer grundsätzlichen Überprüfung bedürfen.

Soweit eine kurze Darlegung der Inhalte der gewerkschaftlichen Forderungen. Über Entscheidungen oder Umsetzungen wird selbstverständlich gesondert nachberichtet.